

# **Schwelbrand im Euroraum**

**Axel Troost**

---

## **Gliederung**

### **Eurokrise**

Ursachen

Falsche Politik

### **Staatsverschuldung in Deutschland**

Entwicklung und Ursachen

Klassische Argumente gegen

Staatsverschuldung

Neue Schuldenbremse im Grundgesetz

Fiskalpakt

### **Sozialstaatsprinzip fordert**

**Einnahmeverbesserungen**

Steuerkonzept der Arbeitsgruppe Alternative

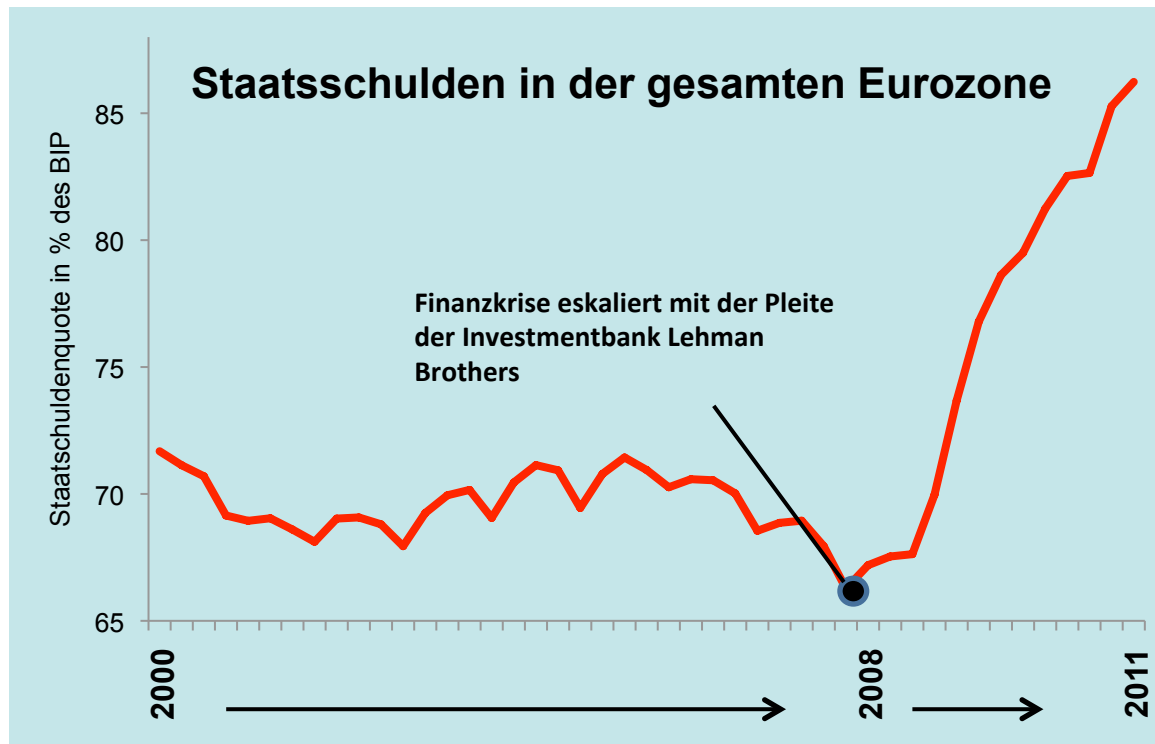
Wirtschaftspolitik

### **Sofortmaßnahmen zur Beseitigung der Euro-Krise**

# Ursachen der Eurokrise

- **Hausgemachte Probleme**  
(Korruption, Steuerhinterziehung, manipulierte Haushaltszahlen, ...)
- **Hohe Kosten aus Finanzkrise**  
(Bankenrettung, Konjunkturprogramme, Immobilienblasen)
- **Fehlkonstruktion der Währungsunion**  
(unkoordinierte Wirtschafts- und Fiskalpolitik führt zu massiven Verwerfungen)

# Finanzkrise: Staatsschulden explodieren



Deutschland: Anstieg nur durch Bankenrettungen um ca. 300 Mrd. € (Bruttoschulden)

## Schuldenstand der Staaten in % des BIP

	2000	2007	2011		2000	2007	2011
Europäische Union (27 Länder)	61,9	59,0	82,5	Lettland	12,4	9,0	42,2
Euroraum (17 Länder)	69,2	66,3	87,3	Litauen	23,6	16,8	38,5
Belgien	107,8	84,1	97,8	Ungarn	56,1	67,0	81,4
Bulgarien	72,5	17,2	16,3	Malta	54,9	62,1	70,9
Tschechische Republik	17,8	27,9	40,8	Niederlande	53,8	45,3	65,5
Dänemark	52,4	27,5	46,6	Österreich	66,2	60,2	72,4
Deutschland	60,2	65,2	80,5	Polen	36,8	45,0	56,4
Estland	5,1	3,7	6,1	Portugal	48,5	68,3	108,1
Irland	37,5	24,8	106,4	Rumänien	22,5	12,8	33,4
Griechenland	103,4	107,4	170,6	Slowenien	26,3	23,1	46,9
Spanien	59,4	36,2	69,3	Slowakei	50,3	29,6	43,3
Frankreich	57,3	64,2	86,0	Finnland	43,8	35,2	49,0
Italien	108,5	103,1	120,7	Schweden	53,9	40,2	38,4
Zypern	59,6	58,8	71,1	Vereinigtes Königreich	41,0	44,4	85,0

Copyright ©1980 - 2013 Europäische Gemeinschaften, Eurostat. Alle Rechte vorbehalten.

- Grundsätzlich entsteht Staatsverschuldung, wenn ein Staat mehr ausgibt als er an ordentlichen Einnahmen zur Verfügung hat. Um diese zusätzlichen Ausgaben zu decken, muss der Staat Kredite aufnehmen, üblicherweise für eine bestimmte Laufzeit. Diese Finanzierung nennt man **Nettokreditaufnahme** bzw. **Nettoneuverschuldung**.
- Ist das Ende der Laufzeit erreicht, muss der Kredit zurückgezahlt werden, woraufhin der Staat in aller Regel neue Kredite aufnimmt. Die Summe aus Nettokreditaufnahme und der Anschlusskredite zur Tilgung der ausgelaufenen Kredite nennt man **Bruttokreditaufnahme bzw. Bruttoneuverschuldung**.
- Die Nettokreditaufnahme nur einen kleinen Teil der Bruttoneuverschuldung aus. Im Jahre 2011 belief sich in Deutschland die Nettokreditaufnahme auf ca. 12 Mrd. Euro, wohingegen der allergrößte Teil (280 Mrd. Euro) der aufgenommenen Kredite zur Rückzahlung bestehender Schulden aufgewendet wurde.

„Ich habe bisweilen den Eindruck, dass sich die meisten Politiker immer noch nicht darüber im Klaren sind, wie sehr sie bereits heute unter der Kontrolle der Finanzmärkte stehen und sogar von diesen beherrscht werden.“

Hans Tietmeyer auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos  
(unter langanhaltendem Beifall)

## Zinsausgaben der Staaten in % des BIP

	2000	2005	2009		2000	2005	2009
Europäische Union (27 Länder)	3,6	2,8	2,6	Lettland	1,0	0,5	1,5
Euroraum (17 Länder)	3,9	3,0	2,9	Litauen	1,7	0,8	1,3
Belgien	6,6	4,3	3,7	Polen	3,0	2,8	2,6
Bulgarien	4,2	1,6	0,8	Portugal	2,9	2,4	2,9
Tschechische Republik	0,8	1,1	1,3	Rumänien	3,9	1,2	1,5
Dänemark	3,7	2,1	1,9	Slowenien	2,4	1,6	1,4
Deutschland	3,2	2,8	2,7	Slowakei	4,1	1,7	1,4
Estland	0,2	0,2	0,2	Finnland	2,8	1,7	1,4
Irland	2,0	1,0	2,0	Schweden	3,5	1,9	1,2
Griechenland	7,4	4,7	5,1	Vereinigtes Königreich	2,7	2,1	1,9
Spanien	3,2	1,8	1,8				
Frankreich	2,9	2,7	2,4				
Italien	6,3	4,7	4,5				
Zypern	3,4	3,5	2,6				

Copyright © 1980 - 2013 Europäische Gemeinschaften, Eurostat. Alle Rechte vorbehalten.

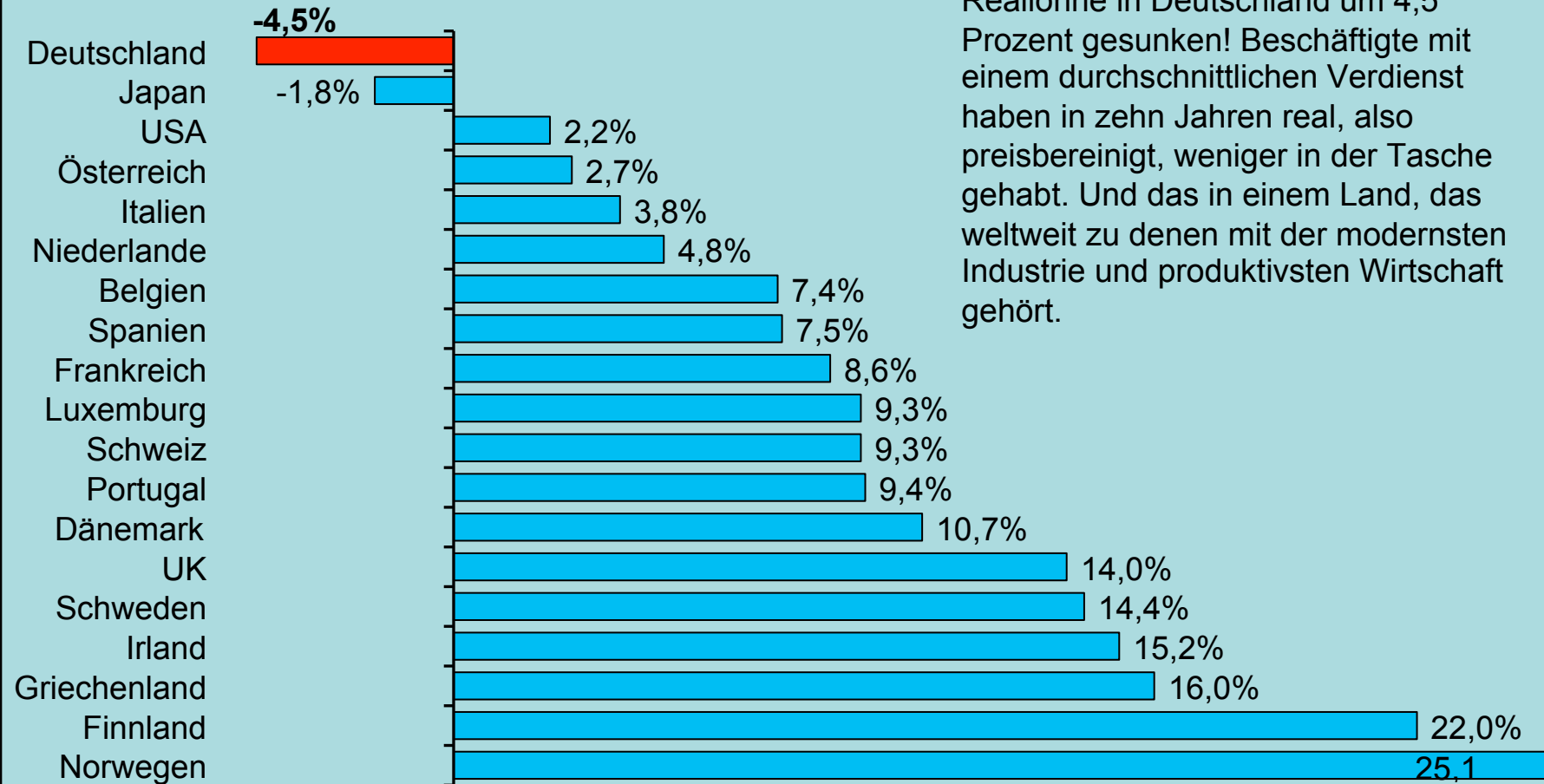


## Ursachenanalyse III

### **Die Krise der Euro-Zone ist Ausdruck der grundlegenden Konstruktionsfehler der Währungsunion**

- Eine gemeinsame Währung kann ohne ein Mindestmaß an Koordination der Wirtschafts-, Sozial-, und Lohnpolitik nicht funktionieren.
- Folge: gravierende Ungleichgewichte im Außenhandel zwischen den Euro-Ländern, steigende Auslandsverschuldung der Länder mit Importüberschüssen
- Keine Zentralbank, die im Zweifelsfall die Zahlungsfähigkeit der Zentralregierung sicherstellt.
- ➔ Wir müssen die Währungsunion grundlegend reformieren, oder sie wird zerbrechen. Sparwut alleine hilft gar nichts.

# Deutschland ist Weltmeister - beim Lohndumping!

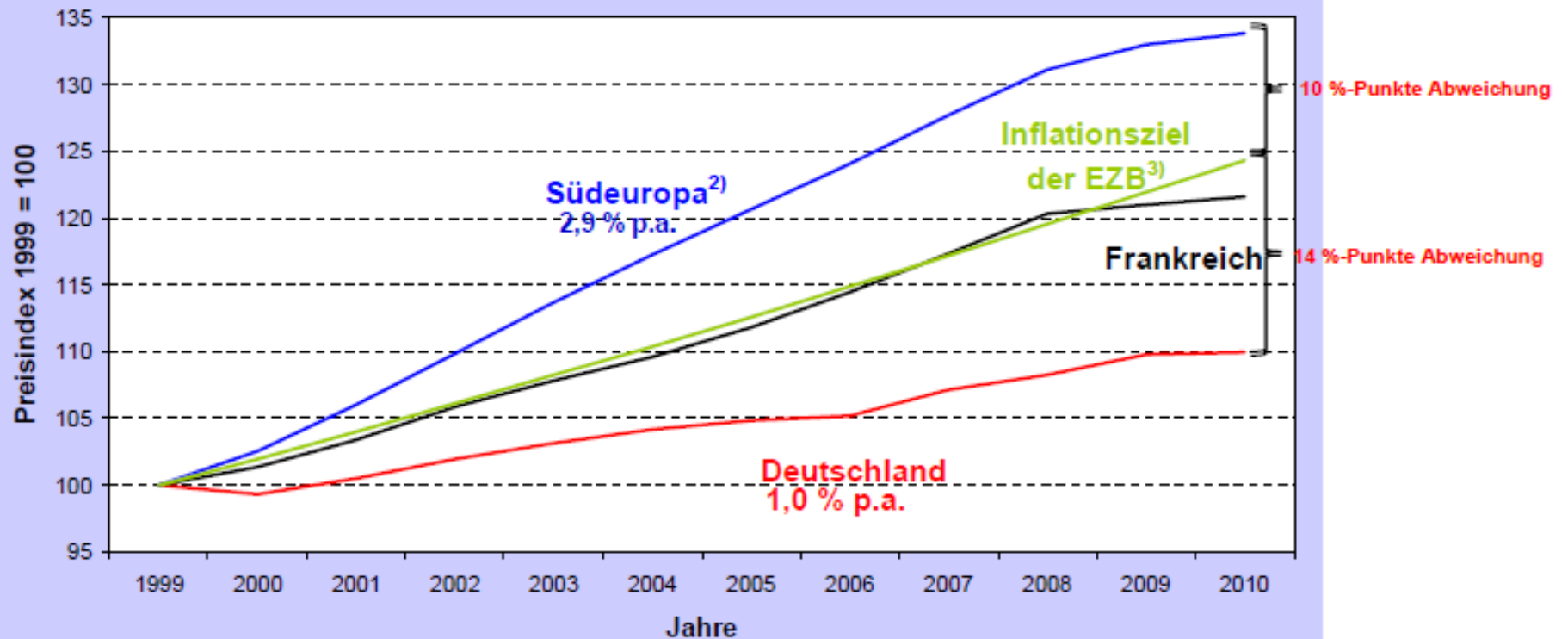


Zwischen 2000 und 2010 sind die Reallöhne in Deutschland um 4,5 Prozent gesunken! Beschäftigte mit einem durchschnittlichen Verdienst haben in zehn Jahren real, also preisbereinigt, weniger in der Tasche gehabt. Und das in einem Land, das weltweit zu denen mit der modernsten Industrie und produktivsten Wirtschaft gehört.

Quelle: Global Wage Report, Internationale Arbeitsorganisation Genf, Griechenland und Portugal: Ameco-Datenbank

# Wer verletzt eigentlich die Spielregeln?

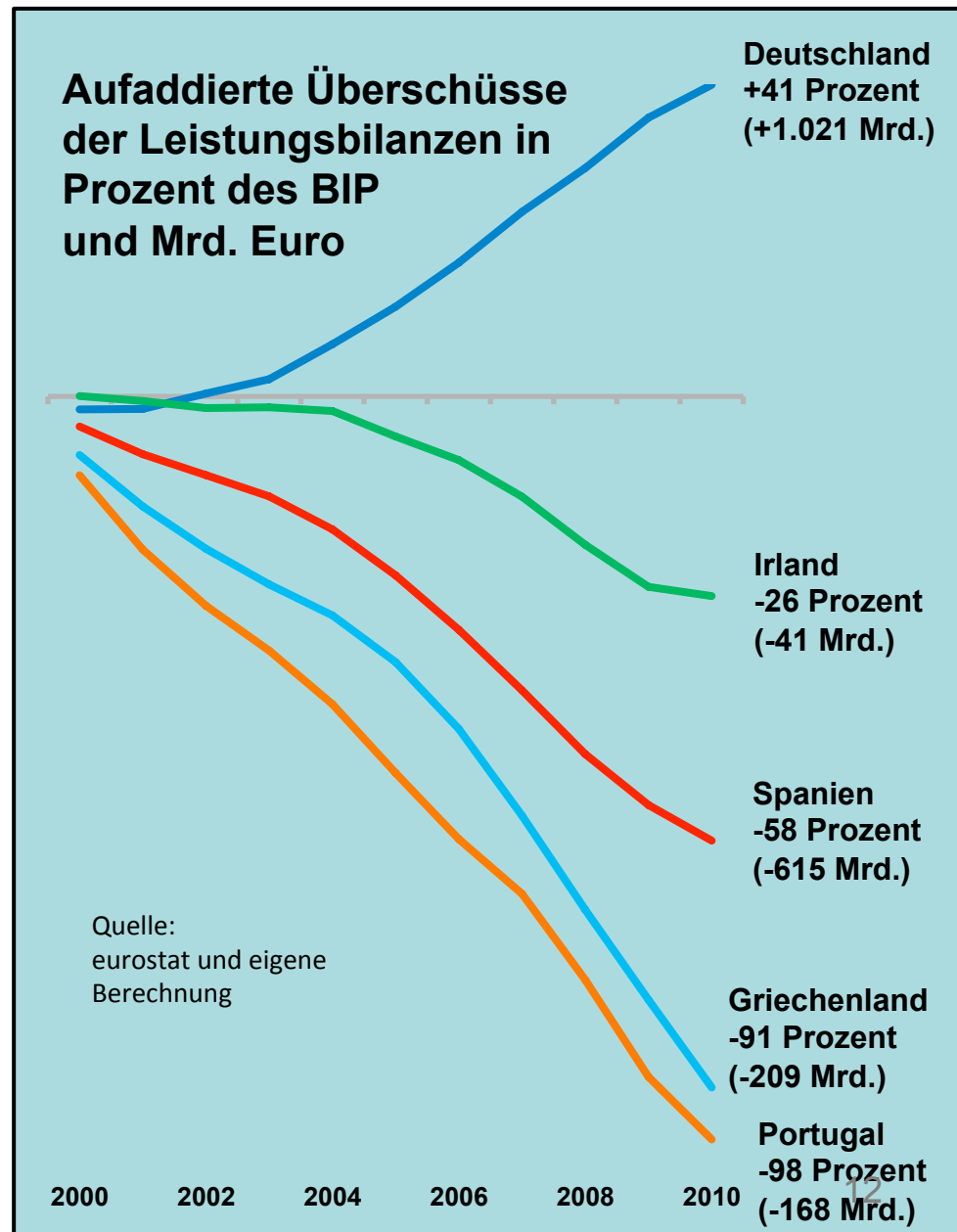
## Preisentwicklung<sup>1)</sup> in Deutschland und Südeuropa



<sup>1)</sup> Deflator des Bruttoinlandsprodukts, 1999 = 100. <sup>2)</sup> Griechenland, Portugal, Spanien und Italien; gewichtet mit realem BIP. <sup>3)</sup> Preisanstieg von 2%.  
Quelle: AMECO Datenbank, Berechnungen/Grafik Heiner Flassbeck

# Lohndumping produziert hohe Ungleich- gewichte

**Leistungsbilanz:** Die wichtigsten Teile der Leistungsbilanz sind der Warenhandel und die Dienstleistungen. Ein Land mit Überschüssen in der Leistungsbilanz baut Forderungen gegenüber dem Ausland auf. Ein Land mit Defiziten verschuldet sich. Das geht nicht auf Dauer gut.



# Kürzungspolitik am Beispiel Griechenlands:

- Lohnkürzungen von 30 Prozent bis Ende 2013
- Mindestlohn um 22 % gekürzt, für Jugendliche bis 25 Jahre um 32 %
- Wesentliche Staatsausgaben um 21 % gekürzt:

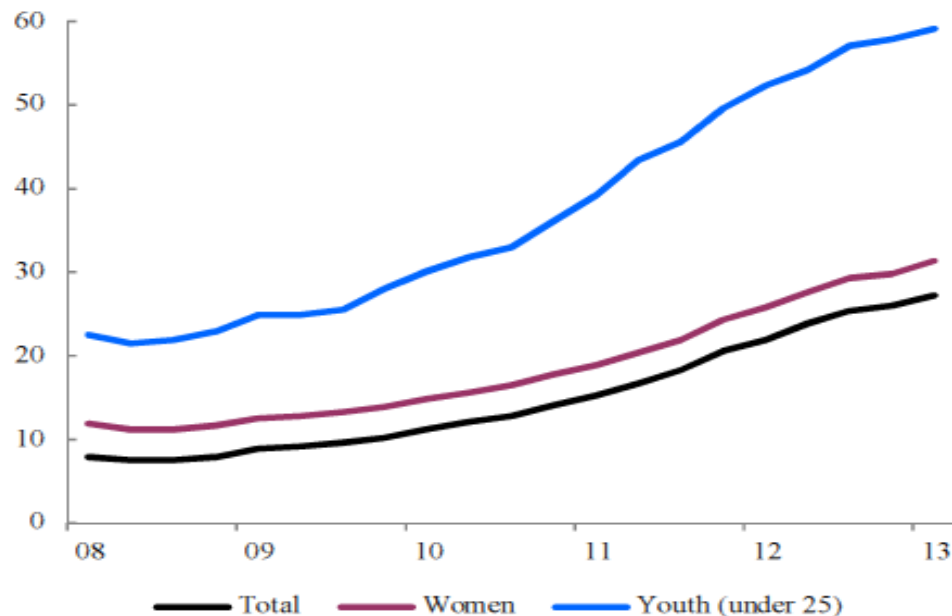
	2009 (Mrd. €)	2012 (Mrd. €)	Differenz (Mrd. €)	Differenz (in %)	auf Deutschland hochgerechnet
Personal	31	24	-7	-23 %	85 Mrd. €
Sozialtransfers	18	13	-5	-26 %	61 Mrd. €
Sozialausgaben ohne Transfers (v.a. Renten)	49	46	-3	-7 %	37 Mrd. €
<b>Gesamt</b>	<b>125</b>	<b>99</b>	<b>-26</b>	<b>-21 %</b>	<b>317 Mrd. €</b>

# Die griechische Wirtschaft wird in die Rezession getrieben

- Bruttoinlandsprodukt:  
seit 2010 um ca. 20 % gefallen

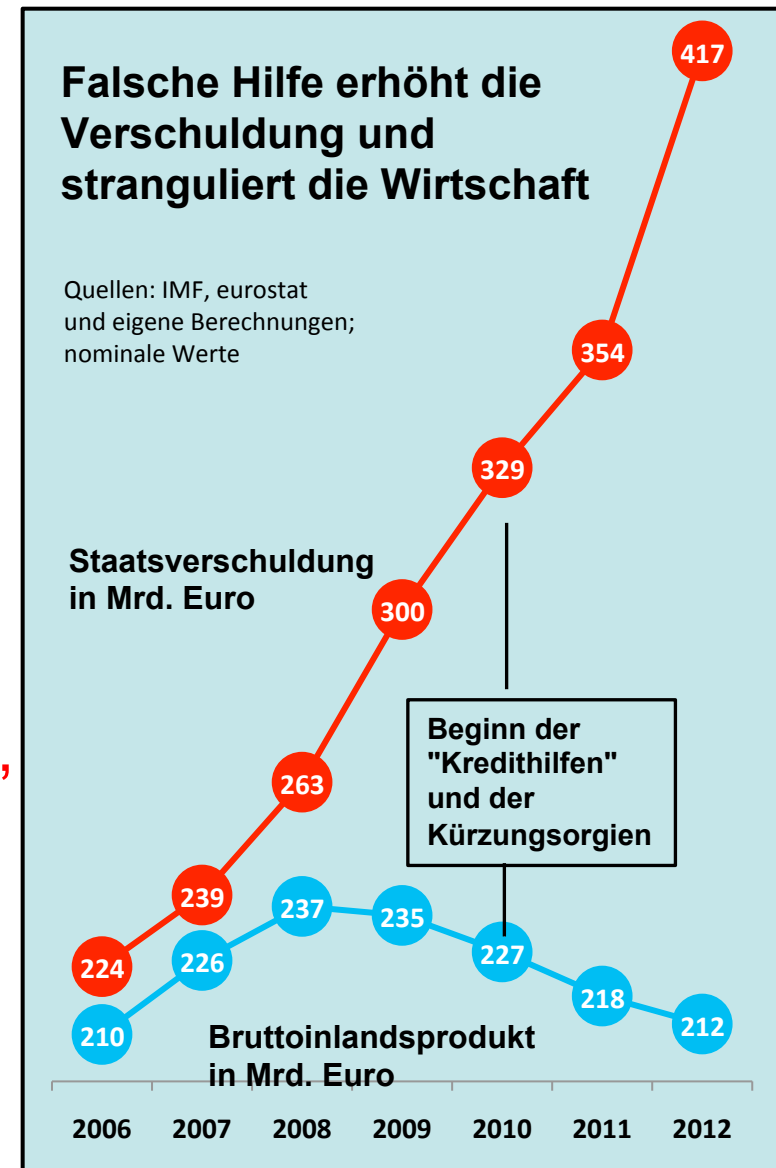
EU-Kommission rechnete ursprünglich „nur“ mit 6,6 %

- **Arbeitslosenquote** (nach Alter und Geschlecht):



# Griechische Tragödie:

- „Kredithilfen“ gab es nur, wenn gigantische Ausgabenkürzungen umgesetzt wurden. Das Land geriet in eine Rezession.
- ➔ Ausgaben steigen wegen zunehmender Arbeitslosigkeit, Steuereinnahmen sinken wegen der Rezession.
- ➔ Schulden steigen trotz sogenannter Hilfskredite.



# Der Minusmultiplikator: Im Teufelskreis des Staatsschuldenabbaus

## ■ Italien

Rückgang des BIP -2,3% (2012), -0,5% (2013)

## ■ Spanien

Rückgang des BIP -1,6% (2012), -1,4% (2013)

Neuverschuldung 8% (2012) und 6% (2013) des BIP



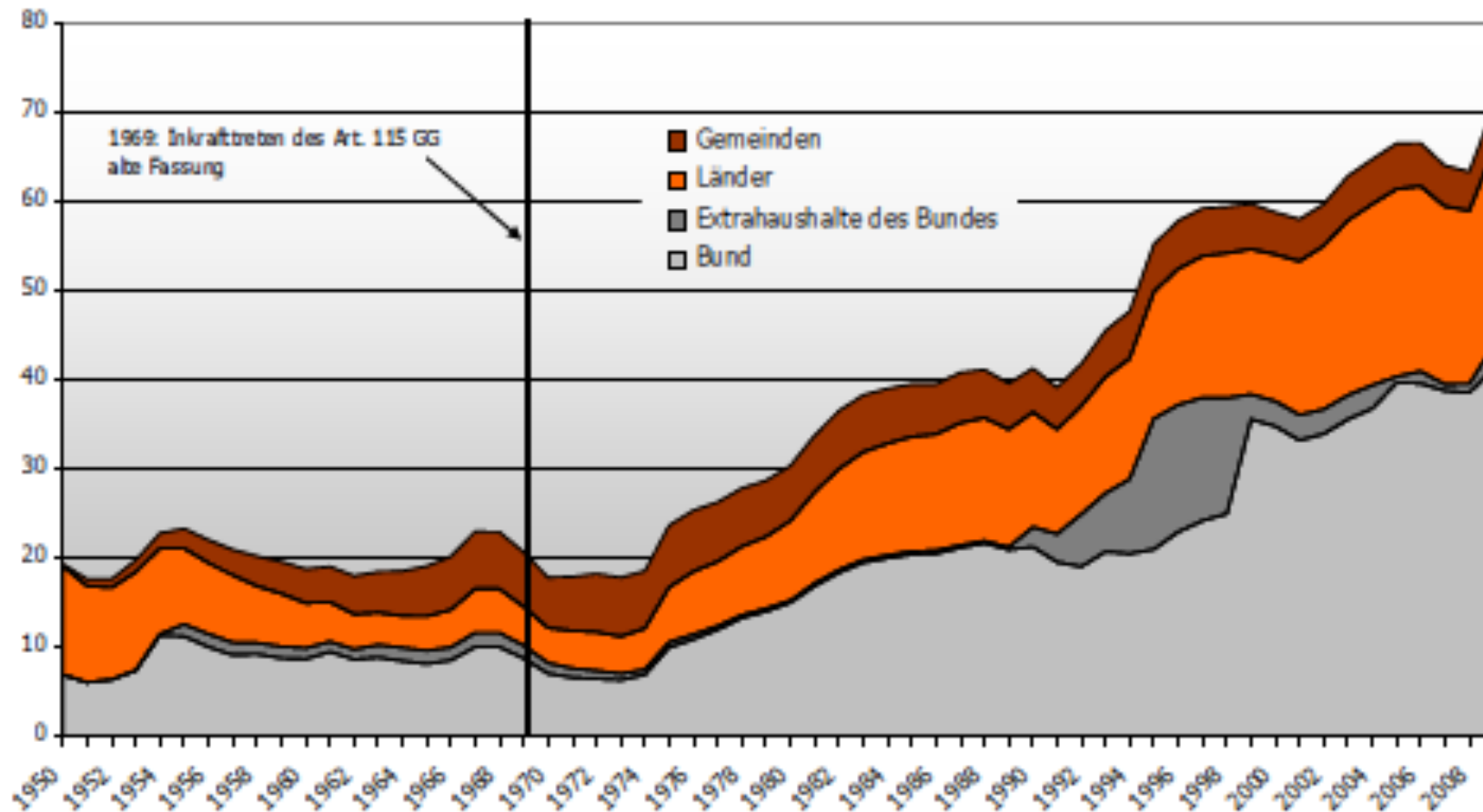
# Die beschlossenen Maßnahmen werden die Krise nicht beenden

- Die bisherige Rettungspolitik führt zu mehr Schulden und weniger Wachstum.
- Deshalb haben alle sogenannten Hilfspakete nichts bewirkt – egal in welche astronomische Höhe sie innerhalb von zwei Jahren gestiegen sind.



Weil diese Politik falsch ist und eine alternative Krisenbekämpfung möglich ist, haben wir die beschlossenen „Rettungspakete“ abgelehnt.

# Schulden des öffentlichen Gesamthaushalts in Relation zum BIP (%), 1950-2009



Quelle: BMF

# Gründe für Anstieg der öffentlichen Schulden

Seit 1990 drei Phasen:

- a) Wiedervereinigung und „Aufbau Ost“
- b) Nach 2009: Stützungsprogramme für Banken sowie Wirtschaftsförderung
- c) Falsche Politik umfangreicher Steuer-senkungen, seit 1998

## Entwicklung der öffentlichen Verschuldung aller Gebietskörperschaften in Deutschland

<b>Zeiträume</b>	<b>Schuldenzuwachs nach Perioden</b>	<b>jährlicher Durchschnitt</b>
<b>1951-1974</b>	<b>87,8</b>	<b>3,7</b>
<b>1975-1982</b>	<b>216,4</b>	<b>27,0</b>
<b>1983-1989</b>	<b>161,0</b>	<b>23,0</b>
<b>1990-1997</b>	<b>657,7</b>	<b>82,2</b>
<b>1998-2001</b>	<b>91,1</b>	<b>22,8</b>
<b>2002-2006</b>	<b>304,4</b>	<b>60,9</b>
<b>2007-2008</b>	<b>32,5</b>	<b>16,3</b>
<b>2009-2011</b>	<b>414,2</b>	<b>138,1</b>

Quelle: Statistisches Bundesamt und eigene Berechnung;

## Summe steuerrefombedingter Ausfälle durch Steuergesetzesänderungen seit 1999 in Mrd. Euro

<b>Jahr</b>	<b>2000-12</b>	<b>2008-13</b>	<b>2000-13</b>
<b>Insg.</b>	<b>-439,1</b>	<b>-256,2</b>	<b>-483,2</b>
<b>Bund</b>	<b>-173,0</b>	<b>-81,0</b>	<b>-187,2</b>
<b>Länder</b>	<b>-216,4</b>	<b>-134,9</b>	<b>-239,9</b>
<b>Gemeinden</b>	<b>-49,7</b>	<b>-40,3</b>	<b>-56,2</b>
<b>Jahr</b>	<b>2000-12</b>	<b>2008-13</b>	<b>2000-13</b>
<b>rot-grün</b>	<b>-480,4</b>	<b>-283,5</b>	<b>-530,5</b>
<b>schwarz-rot</b>	<b>60,9</b>	<b>51,4</b>	<b>71,3</b>
<b>schwarz-gelb</b>	<b>-19,6</b>	<b>-24,0</b>	<b>-24,0</b>
<b>gesamt</b>	<b>-439,1</b>	<b>-256,2</b>	<b>-483,2</b>

Quelle:

## Summe steuerrefombedingter Ausfälle durch Steuergesetzesänderungen seit 1999 in Mrd. Euro

Jahr	2000-11	2008-11
<b>Insg.</b>	<b>-235,54</b>	<b>-100,31</b>
<b>Bund</b>	<b>-81,28</b>	<b>-13,49</b>
<b>Länder</b>	<b>-137,1</b>	<b>-70,03</b>
<b>Gemeinden</b>	<b>-17,16</b>	<b>-16,79</b>

Quelle: Kai Eicker-Wolf/Achim Truger: Kommunalfinanzbericht 2012: Entwicklung und Perspektiven der Kommunalfinanzen in Nordrhein-Westfalen; Studie im Auftrag von ver.di NRW, Landesfachbereich Gemeinden; eigene Berechnungen

# Kosten der Arbeitslosigkeit I

Tatsächliche Arbeitslosigkeit im Juni 2013	3.737.998
Offizielle Arbeitslosigkeit	2.864.663
Nicht gezählte Arbeitslose	873.335
Alter als 58, beziehen Arbeitslosengeld I und/oder ALG II	206.123
Ein-Euro-Jobs (Arbeitsgelegenheiten)	122.525
Förderung von Arbeitsverhältnissen <sup>2</sup>	6.519
Fremdförderung	89.691
Beschäftigungsphase Bürgerarbeit	28.037
berufliche Weiterbildung	159.173
Aktivierung und berufliche Eingliederung (z. B. Vermittlung durch Dritte)	174.430
Beschäftigungszuschuss (für schwer vermittelbare Arbeitslose)	5.379
Kranke Arbeitslose (§126 SGB III)	81.458

# Kosten der Arbeitslosigkeit III

## Vergleich Kosten der Arbeitslosigkeit mit Staatsverschuldung - in Mrd. Euro

	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	durchschnittl. 2001 - 2011
Fiskalische Kosten der Arbeitslosig- keit	76,7	83,7	91,5	92,2	87,7	82,2	67,2	55,9	59,8	60,2	56,4	74,0
Staatsver- schuldung	64,7	82,0	89,1	82,6	74,1	38,2	-5,8	1,9	73,2	103,4	20,2	56,7
Staatsver- schuldung ohne Arbeitslosig- keit	-12,0	-1,7	-2,4	-9,6	-13,6	-44,0	-73,0	-54,0	13,4	43,2	-36,2	-17,3



# Fiskalische Effekte (ohne Beschäftigungswirkungen)

Effekt in Mio Euro auf...	5 Euro	7,50 Euro	8,50 Euro	10 Euro	12 Euro
Erwerbseinkommen	2.264	9.098	14.472	26.410	51.515
geleistete Einkommensteuer	291	1.547	2.673	5.308	11.467
geleistete Sozialbeiträge	458	1.731	2.682	4.934	9.505
... an die Rentenversicherung	244	918	1.397	2.584	5.005
... an die Krankenversicherung	157	598	951	1.737	3.316
... an die Pflegeversicherung	23	86	137	251	479
... an die Arbeitslosenversicherung	34	129	197	364	704
empfangene Sozialtransfers	-533	-1.341	-1.705	-2.509	-3.426
... Arbeitslosengeld II	-162	-712	-975	-1.397	-1.982
... Sozialhilfe	-188	-249	-268	-306	-352
... Wohngeld	-3	-20	-49	-98	-247
... Kinderzuschlag	-180	-361	-414	-707	-844
<b>Fiskalischer Effekt</b>	<b>1.282</b>	<b>4.620</b>	<b>7.059</b>	<b>12.752</b>	<b>24.397</b>

eigene Berechnungen auf Basis SOEP (2009)

# Klassische Argumente gegen Staatsverschuldung

- intertemporäre Verteilungswirkungen, Stichwort „Generationengerechtigkeit
- interpersonelle Verteilungseffekte: Bezieher hoher Einkommen würden von hoher Staatsverschuldung profitieren
- Verdrängung privater Investitionen „crowding-out“
- zunehmende Zinsbelastung der öffentlichen Haushalte

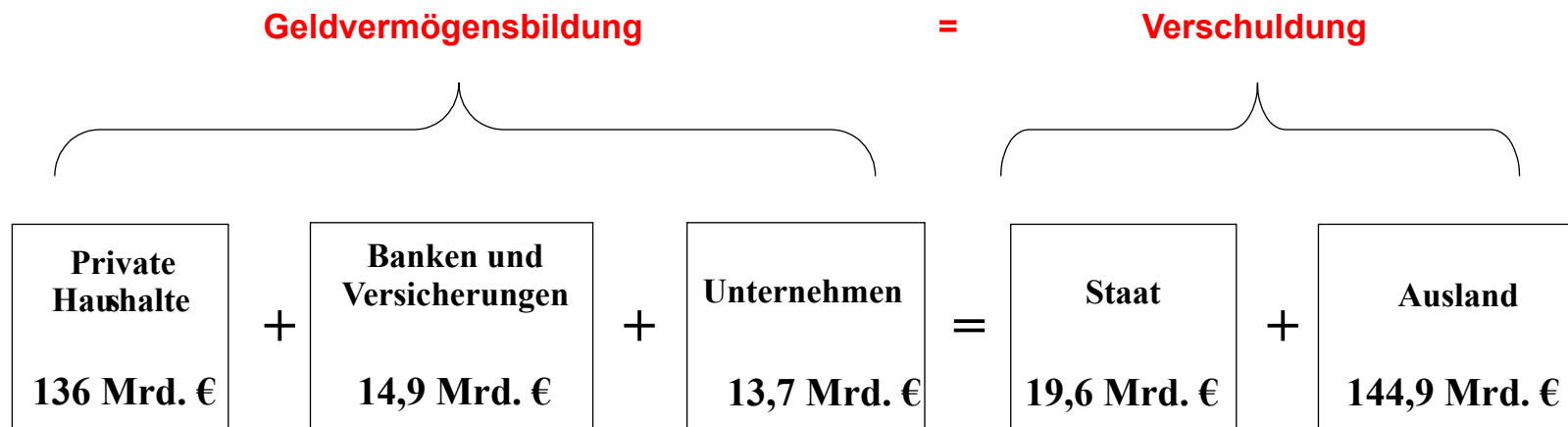
# Zins-Steuer-Quoten 1991 - 2011

<b>1991</b>	<b>12,2%</b>
<b>1992</b>	<b>14,1%</b>
<b>1993</b>	<b>14,3%</b>
<b>1994</b>	<b>14,2%</b>
<b>1995</b>	<b>15,9%</b>
<b>1996</b>	<b>15,5%</b>
<b>1997</b>	<b>15,3%</b>

<b>1998</b>	<b>14,8%</b>
<b>1999</b>	<b>13,2%</b>
<b>2000</b>	<b>13,0%</b>
<b>2001</b>	<b>13,5%</b>
<b>2002</b>	<b>13,2%</b>
<b>2003</b>	<b>13,4%</b>
<b>2004</b>	<b>13,0%</b>

<b>2005</b>	<b>13,3%</b>
<b>2006</b>	<b>12,9%</b>
<b>2007</b>	<b>12,3%</b>
<b>2008</b>	<b>11,9%</b>
<b>2009</b>	<b>11,7%</b>
<b>2010</b>	<b>11,3%</b>
<b>2011</b>	<b>10,7%</b>

# Konten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (2011)

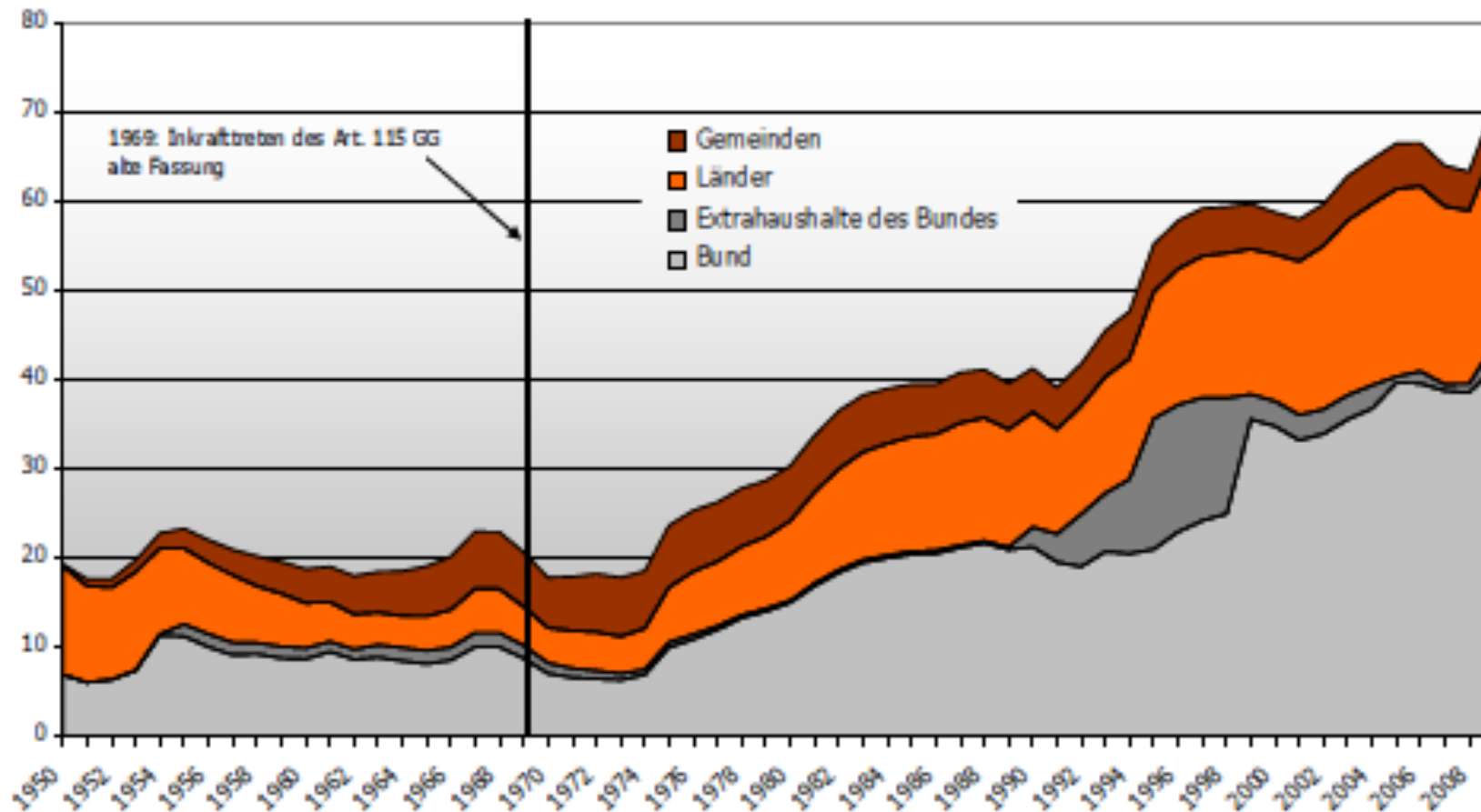


	saldo des Staates	BIP		Kapital- Unternehmen		
1991	- 43,8	- 2,9	76,4	- 66,9	11,2	23,1
1992	- 40,7	- 2,5	79,0	- 62,9	6,0	18,6
1993	- 50,9	- 3,0	72,5	- 46,1	6,8	17,8
1994	- 40,9	- 2,3	51,8	- 49,5	10,2	28,4
1995	- 59,1	- 3,2	56,8	- 30,2	8,3	12,3
1996	- 62,5	- 3,3	61,7	- 14,8	3,2	8,6
1997	- 50,6	- 2,6	62,8	- 26,8	6,0	13,4
1998	- 42,7	- 2,2	68,0	- 34,0	- 4,7	24,0
1999	- 29,3	- 1,5	69,4	- 70,3	6,2	26,7
2000	27,1 <sup>2)</sup>	1,3 <sup>2)</sup>	75,4	- 137,1 <sup>2)</sup>	8,0	26,7
2001	- 59,6	- 2,8	97,3	- 41,4	2,8	0,9
2002	- 78,3	- 3,7	101,3	3,4	19,6	- 45,9
2003	- 87,2	- 4,0	125,1	- 10,2	17,1	- 44,8
2004	- 83,5	- 3,8	133,4	32,7	23,9	- 106,5
2005	- 74,2	- 3,3	144,7	21,8	24,5	- 116,8
2006	- 37,1	- 1,6	136,8	20,3	33,9	- 153,8
2007 <sup>3)</sup>	6,3	0,3	136,2	32,3	11,6	- 186,5
2008	2,8	0,1	138,2	4,8	20,8	- 166,6
2009	- 72,7	- 3,0	151,0	26,5	14,8	- 119,7
2010	- 82,0	- 3,5	148,8	33,5	29,9	- 130,2

1) einschließlich private Organisationen ohne Erwerbszweck, 2) inklusive UMTS-Erlöse,  
3) Mehrwertsteuererhöhung um drei Prozentpunkte.

Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.

# Schulden des öffentlichen Gesamthaushalts in Relation zum BIP (%), 1950-2009



Quelle: BMF

# Schuldenbremse - Stellschrauben

- Bund: erlaubt jährliche Verschuldung von bis zu 0,35 % des nominalen BIP („strukturelle Verschuldung“)
- Bund und Länder: Kredite können bei „einer von der Normallage abweichenden Entwicklung“ aufgenommen werden, d.h. Kreditaufnahme ist nur dann möglich, wenn Konjunkturentwicklung von Normallage abweicht
  - Auf- und Abschwung sind symmetrisch zu berücksichtigen
  - konjunkturbedingte Verschuldung ist über Konjunkturzyklus hinweg wieder vollständig abzubauen (Ausgestaltung für Bund, Art. 115 GG)

# Aktuell: Fiskalvertrag

- **Schuldenbremse**

strukturelles Defizit darf 0,5 % nicht überschreiten

- **Schuldengrenze von 60 % des BIP**

überschüssige Schulden müssen innerhalb von 20 Jahren abgebaut werden

- **Zugang zum ESM an Ratifizierung des Fiskalvertrags verknüpft**



**Vorgaben zwingen zu europaweiten Sparorgien**

fast alle EU-Staaten haben derzeit zu hohe Defizite



**Parlamente werden entmündigt**

Budgethoheit wird stark eingeschränkt

**Junktum von SPD und Grünen war Showveranstaltung**

(Wachstumskomponenten, Finanztransaktionssteuer, ...)



# Fiskalvertrag II

SPD und Grünen haben nach Showverhandlungen (Wachstumskomponenten und Finanztransaktionssteuer) für verfassungsändernde Mehrheit gesorgt

L

## Frankfurter Rundschau

FORSCHER WARNT DIE SPD

Meinung - 29 | 5 | 2012

### Gegen den Fiskalpakt ist Hartz IV eine Lappalie



Aktivisten wehren sich mit Farbe gegen die Räumung des Occupy-Camps in Frankfurt (16.05.2012).  
Foto: afp

Von Stephan Schulmeister

**Wenn die SPD dem Fiskalpakt zustimmt, schafft sie die Voraussetzung für die Vollendung des neoliberalen Projekts in Europa. Damit würde sie den größten Fehler der Nachkriegszeit begehen, Hartz IV ist dagegen eine Lappalie. Ein Kommentar.**

Niemand darf über seine Verhältnisse leben. Deshalb ist der deutsche Staat schuld an seiner Verschuldung, die Griechen sowieso, aber auch alle anderen Staaten. Nüchtern formulierte Reichskanzler Brüning schon 1931: „Die Dinge liegen an sich eher einfach: Der oberste Grundsatz für die Finanzpolitik jedes Staates ist der, dass nicht mehr ausgegeben werden kann als eingenommen wird“.

## Als Sofortmaßnahmen zur Beseitigung der Euro-Krise fordert das MEMO ein 6 Punkteprogramm

1. Sofortiges Ende der diktierten Sparprogramme und der undemokratischer Einflussnahme
2. Finanzierung der öffentlichen Haushalte von den Finanzmärkten abkoppeln
3. Schuldenschnitte für überschuldete Staaten und europäische Vermögensabgabe zum Schuldenabbau
4. Bankensektor streng regulieren und unter öffentliche Kontrolle stellen
5. Beseitigung der Außenhandelsungleichgewichte
6. Profiteure zur Kasse

# 1. Ein sofortiges Ende der diktierten Sparprogramme

- Schluss damit, dass über die Politik in den Krisenländern nicht mehr die dortigen gewählten Parlamente entscheiden, sondern die Regierungschefs anderer Länder und demokratisch nicht legitimierte Institutionen (wie die Europäische Zentralbank und der Internationale Währungsfonds).
- Ein sofortiges Ende der Renten-, Lohn- und Sozialkürzungen sowie der Privatisierungen.
- Statt kaputtsparen:  
Sinnvolle Investitionen in die Zukunft

## 2. Finanzierung der öffentlichen Haushalte von den Finanzmärkten abkoppeln

- Die Staaten erhalten die Möglichkeit, sich über eine *europäische Bank für öffentliche Anleihen* Geld zu niedrigen Zinsen bei der Zentralbank zu besorgen, anstatt es sich zu hohen Zinsen bei Banken oder anderen Investoren leihen zu müssen.
- *Gemeinsame Anleihen der Eurostaaten* sind eine praktische Möglichkeit, die Zinsbelastungen für die in die Krise getriebenen Mitgliedstaaten so zu gestalten, dass diese von denen auch beglichen und Schulden abgebaut werden können.
- Dadurch werden die Staatsfinanzen aus der Geiselhaft der Finanzmärkte befreit.

### 3. Schuldenschnitte und europäische Vermögensabgabe zum Abbau des Schuldenstandes

- Die Staatsschulden werden durch einen *Schuldenschnitt für überschuldete Staaten* und eine *europaweite Vermögensabgabe* für Millionäre auf ein tragfähiges Niveau gebracht.
- Schuldentilgungspakt des SVR in Form eines gemeinschaftlich verantworteten Tilgungsfonds. Der Fonds hätte eine Laufzeit bis zu 25 Jahren und derzeit ein Volumen von 2,6 Billionen Euro. Deutschland würde 537,8 Mrd. Euro an Altschulden dem Tilgungsfonds übereignen.
  - Keine Bedingungen, mit denen die teilnehmenden Länder zu einer rigorosen Austeritätspolitik gezwungen werden.
  - Finanzierung des Fonds durch eine Vermögensabgabe

## 4. Der Bankensektor ist streng zu regulieren

- Banken müssen gezwungen werden, sich auf ihre dienende Funktion für die Realwirtschaft zu beschränken. Das Geschäftsmodell sollte sich an den Sparkassen sowie Volks- und Raiffeisenbanken orientieren. Erster Schritt: Trennbankensystem einführen.
- Rekapitalisierung mit staatlichem Geld nur gegen Mehrheitsbeteiligung. Langfristig *Vergesellschaftung* der großen Privatbanken.
- Reregulierung von Leerverkäufen, Kreditausfallversicherungen (CDS), OTC-Geschäften, Eigenkapital
- Ende der *Schattenbanken*, d.h. Hedgefonds für Großanleger und Fonds zum Kauf von Unternehmen auf Kredit ("Private Equity") sowie Geldmarktfonds und Zweckgesellschaften, in der Regel formal in Steuerfluchtzentren wie den Cayman Islands angesiedelt, wo es gar keine arbeitsfähigen Aufsichtsbehörden gibt.
- Öffentliche europäische Ratingagentur
- *Finanz-TÜV* – Veränderung der Aufsichtskultur: Nicht alles ist erlaubt, was nicht verboten ist, sondern nur Produkte und Geschäftspraktiken sind zulässig, die genehmigt worden sind.

## 5. Beseitigung der Außenhandelsungleichgewichte

- Überschussländer müssen zur Steigerung ihrer Binnennachfrage verpflichtet werden, damit Defizitländer mehr exportieren können
- Für Deutschland bedeutet das: sofortiger Mindestlohn von 10 Euro, Hartz IV überwinden und ein Zukunftsinvestitionsprogramm finanziert durch Millionärsteuer, höhere Körperschaftsteuer etc.
- Defizitländer durch einen *Marshallplan* fördern
- *Ausgleichsunion* mit Strafzahlungen

& Lisa Paus: [Eine Europäische Ausgleichsunion – Die Währungsunion 2.0](#), Institut für Solidarische Moderne, 2011

## 6. Profiteure zur Kasse

- Finanztransaktionssteuer
  - in Koalition mit anderen europäischen Staaten
  - breites Bündnis „Steuer gegen Armut“, Attac, Gewerkschaften
- Bankenabgabe

